

#GIDSstatement 3/2019

Sven Bernhard Gareis

Strategische Partnerschaft oder Herausforderung?

Deutschlands China-Politik braucht einen stabilen europäischen Rahmen

#GIDSstatement | Nr. 3 / 2019 | Juli 2019 | ISSN 2699-4372



GERMAN INSTITUTE
FOR DEFENCE AND
STRATEGIC STUDIES

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbiografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISSN 2699-4372

Dieser Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 International (Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung). Weitere Informationen zur Lizenz finden Sie unter:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>



#GIDSstatement wird vom German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS) herausgegeben.

Die Beiträge sind auf der Website des GIDS kostenfrei abrufbar: www.gids-hamburg.de

#GIDSstatement gibt die Meinung der AutorInnen wieder und stellt nicht zwangsläufig den Standpunkt des GIDS dar.

Zitervorschlag:

Sven Bernhard Gareis, Strategische Partnerschaft oder Herausforderung?
Deutschlands China-Politik braucht einen stabilen europäischen Rahmen,
#GIDSstatement 3/2019, Hamburg.

GIDS
German Institute for Defence and Strategic Studies
Führungsakademie der Bundeswehr
Manteuffelstraße 20 · 22587 Hamburg
Tel.: +49 (0)40 8667 6801
buero@gids-hamburg.de · www.gids-hamburg.de

Strategische Partnerschaft oder Herausforderung?

Deutschlands China-Politik braucht einen stabilen europäischen Rahmen

Deutschland und die Volksrepublik China unterhalten seit langem enge und erfolgreiche bilaterale Beziehungen, die auf einem breiten Fundament gemeinsamer ökonomischer und politischer Interessen aufbauen. 2018 war China im dritten Jahr in Folge Deutschlands wichtigster Handelspartner,¹ Deutschland blieb Chinas größter Partner in Europa. Ihre 2010 vereinbarte strategische Partnerschaft² wurde vier Jahre später zu einer „umfassenden strategischen Partnerschaft“ ausgebaut,³ in deren Rahmen Deutschland und die Volksrepublik seit 2011 gemeinsame Regierungskonsultationen abhalten. Zum Abschluss des fünften dieser Gespräche versicherten sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und Ministerpräsident Li Keqiang im Juli 2018 unter der Überschrift „Verantwortliche Partner für eine bessere Welt“⁴ ihre Partnerschaft weiter zu intensivieren⁵ und bekannten sich ferner zu einer regelbasierten Weltordnung.⁶ Angesichts der wachsenden Rivalität zwischen den USA und China, die im kurz zuvor von US-Präsident Donald Trump ausgelösten Handelskonflikt mit der Volksrepublik einen vorläufigen Höhepunkt fand, war dies ein bemerkenswerter Schulterschluss.

Allerdings weist das bilaterale Verhältnis auch deutliche Eintrübungen auf: Im Januar 2019 legte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) ein Grundsatzpapier vor, welches bereits in seinem Titel die Frage nach dem Umgang mit Chinas staatlich gelenkter Wirtschaft aufwirft.⁷ Schon im Juli 2018 verhinderte die Bundesregierung den bevorstehenden Erwerb eines Zwanzig-Prozent-Anteils an 50hertz, einem der wichtigsten Stromnetzbetreiber in Deutschland, durch die State Grid Corporation of China (SGCC). Dabei verwies die Bundesregierung auf Bedenken hinsichtlich der Kontrolle von Deutschlands kritischer Infrastruktur.⁸ Fast zeitgleich legte die Bundesregierung ihr Veto gegen den geplanten Verkauf der Maschinenbaufirma Leifeld Metal Spin-

1 Statistisches Bundesamt 2019.

2 Bundesregierung 2010.

3 Bundesregierung 2014.

4 Bundesregierung 2018.

5 Ibid: Nr. 1.

6 Ibid: Nr. 2.

7 Bundesverband der Deutschen Industrie 2019.

8 Heide 2018.

ning an einen französischen Investor unter der Kontrolle der chinesischen Yantai Taihai-Gruppe ein.⁹

Tatsächlich zeichnet sich seit einiger Zeit ab, dass die Beziehung zu China neben dem großen ökonomischen Nutzen auch handfeste Herausforderungen für Deutschland bereithält. Partei- und Staatschef Xi Jinping strebt unter dem Schlagwort „Chinesischer Traum“ offen eine Weltmachtrolle Chinas an und verfolgt diese über seine „Neue Seidenstraße“-Initiative.¹⁰ Ministerpräsident Li Keqiang verkündete 2015 den Plan „Made in China 2025“, welcher der Volksrepublik binnen einer Dekade die Führerschaft in zehn hochtechnologischen Schlüsselbereichen einbringen soll.¹¹ Den seither auch in Deutschland steigenden Investitionen Chinas in entsprechenden Industriezweigen steht jedoch eine restriktive Politik der Volksrepublik gegenüber, wenn es um Marktzugänge ausländischer Konzerne im eigenen Land geht.¹²

Wie steht es also vor diesem Hintergrund um die deutsch-chinesische Partnerschaft und wie wird sie sich möglicherweise fortentwickeln? Wie wird es Deutschland gelingen, in diesem grundsätzlich asymmetrischen Verhältnis seine strategischen Interessen zu wahren?

1 Gegenseitige Wahrnehmung

Für die Bundesrepublik gehört China zu den wichtigsten Gestaltungsmächten, welche die „internationale Politik in einer interdependenten Welt“ prägen, „in internationalen Entscheidungsprozessen eine zunehmend wichtige Rolle“¹³ spielen und mit denen Deutschland eng zusammenarbeiten will. Als eine normative „Zivilmacht“¹⁴ versucht Deutschland aber auch immer wieder China davon zu überzeugen, wie bedeutsam neben wirtschaftlichem Erfolg die Beachtung von Rechtstaatlichkeit und Menschenrechten für die innere Entwicklung eines Landes wie auch für dessen Auftritt in den internationalen Beziehungen ist.

Umgekehrt rangiert Deutschland in seiner Wichtigkeit für China hinter den USA und der Russischen Föderation. Innerhalb der EU, die China eher als eine ökonomische Großmacht denn als einen wirklichen politischen Akteur wahrnimmt, schreibt Beijing jedoch Deutschland die Rolle eines Schlüsselstaates zu, also des wichtigsten Landes in einer Region,¹⁵ und schätzt die Bundesrepublik als einen bevorzugten Partner in politischer wie wirtschaftlicher Hinsicht.

Deutschland und China sind starke und eng mit der Welt verflochtene Volkswirtschaften, deren Erfolg entscheidend von freien und sicheren Zugängen zu internationalen Märkten abhängt – sowohl als Anbieter (industrieller)

⁹ Spiegel Online 2018.

¹⁰ Institute of Security and Development Policy 2016.

¹¹ Wübbeke et al. 2016: 19.

¹² Hanemann/Huotari 2018.

¹³ Bundesregierung 2012: 5.

¹⁴ Maull 2007: 73.

¹⁵ Staack 2018: 33.

Güter und Dienstleistungen wie auch als Nachfrager von Rohstoffen, Energie oder Zwischenprodukten in weltweit vernetzten Wertschöpfungsketten. Beide Nationen teilen daher ein strategisches Interesse an einem stabilen und friedlichen Umfeld, regional und global, das wirtschaftliche Zusammenarbeit und Handel begünstigt. Dieses Interesse findet seinen Ausdruck in der Mitgliedschaft beider Staaten in einer großen Zahl internationaler Organisationen und Regime wie den Vereinten Nationen (VN) oder der Welthandelsorganisation (WTO) und auch starker (im Falle Deutschlands mit EU und NATO) bzw. loserer (im Falle Chinas die Shanghai Cooperation Organisation, SCO) Regionalorganisationen. Des Weiteren hat China, das keinen multilateralen Allianzen angehört, ein dichtes Geflecht bi- und multinationaler Freihandelsabkommen geschaffen, um die politischen Beziehungen zu seinen Partnern auf einer für beide Seiten günstigen ökonomischen Grundlage fortzuentwickeln – ein Ansatz, den Deutschland im Rahmen seiner Integration in die EU ebenfalls verfolgt.

Beide Nationen sind erfolgreiche Ökonomien von globaler Bedeutung, die an der Aufrechterhaltung und Fortentwicklung der existierenden Weltwirtschafts- und Finanzordnung interessiert sind. Zwar ist China dank seines enormen politischen und wirtschaftlichen Gewichts in der Lage, neue Finanzinstitutionen wie die Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) oder die BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) Development Bank zu schaffen, die durchaus als Wettbewerber für die westlich dominierten, klassischen Pfeiler der globalen Finanzarchitektur wie Weltbank oder Internationaler Währungsfonds (IWF) betrachtet werden können. Aber auch diese neuen Einrichtungen unterliegen weiterhin den bestehenden internationalen Regeln und Verträgen, ohne dass China den Willen und die politische Macht zu deren grundlegender Veränderung aufbringen könnte.¹⁶

2 Eine starke ökonomische Partnerschaft

2018 belief sich das bilaterale Handelsvolumen zwischen Deutschland und China auf 199,3 Milliarden Euro. Dabei standen den chinesischen Importen in Höhe von 106,2 Milliarden Euro deutsche Exporte in die Volksrepublik im Wert von rund 93,1 Milliarden Euro gegenüber.¹⁷ Mit seinem relativ niedrigen Handelsbilanzdefizit von weniger als dreizehn Milliarden Euro ist Deutschland unter den westlichen Industrienationen einer der erfolgreichsten Akteure auf dem chinesischen Markt.

Die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen waren jahrzehntelang durch Komplementarität gekennzeichnet: Das rasche Wachstum Chinas infolge der durch Deng Xiaoping 1978 initiierten Reformen basierte auf Chinas Fähigkeit, qualitativ hochwertige Industrieprodukte zu wettbewerbsfähigen Preisen bereitzustellen – und so zur Werkbank der Welt zu werden. (West-) Deutschland, das bereits 1973 durch die Unterzeichnung eines Handelsab-

¹⁶ Paetzold 2018: 136.

¹⁷ Statistisches Bundesamt 2019.

kommens inklusive einer Meistbegünstigungsklausel zu einem der wichtigsten Handelspartner der Volksrepublik wurde, spielte in den folgenden Jahren eine entscheidende Rolle beim Aufstieg Chinas: Chinas wachsende industrielle und öffentliche Sektoren bevorzugten Hochtechnologie ‚Made in Germany‘ – und tun dies bis heute. Rasch gelang es China so, deutsche Unternehmen für beachtliche Investitionen im Lande zu gewinnen, wo sie nicht nur für den deutschen und internationalen Markt produzierten. Vielmehr galt es auch, die Nachfrage einer wachsenden, zahlungskräftigen Mittelschicht in China selbst zu decken, die sich deutsche Produkte leisten konnten – im Automobilbereich und darüber hinaus.

Tatsächlich war die Autoindustrie ein wesentlicher Trendsetter. Bereits 1984 begann Volkswagen ein *joint venture* mit der Shanghai Automotive Industries Corporation (SAIC). Heute betreibt die Volkswagen-Gruppe China dreiundzwanzig Autowerke in China, wo sie 2016 3,98 Millionen Fahrzeuge verkaufte.¹⁸ Volkswagen folgend eröffneten fast alle deutschen Autobauer Präsenzen in China – wie auch die deutsche Industrie insgesamt. 2018 waren mehr als 5.000 deutsche Unternehmen in China präsent, die ein breites Spektrum von *global players* wie Volkswagen, Siemens oder BASF bis hin zu zahlreichen mittelständischen und kleineren Unternehmen abbilden. Deutsche Auslandsinvestitionen (Foreign Direct Investment, FDI) in China akkumulierten sich 2018 auf rund achtzig Milliarden Euro – Deutschland ist damit einer der bedeutendsten ausländischen Investoren im Reich der Mitte.¹⁹

Nach Jahrzehnten als Werkbank der Welt musste China jedoch erkennen, dass sein Geschäftsmodell einer arbeitsintensiven, ressourcenfressenden und umweltschädlichen Industrieproduktion weder nachhaltig war noch gesellschaftlichen Wohlstand und internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter voranbringen konnte. Um wirtschaftliches Wachstum und sozialen Wohlstand weiter zu steigern, muss China daher seinen ökonomischen Fokus verstärkt auf qualitativ hochwertige Dienstleistungen sowie Forschung und Entwicklung im Hochtechnologiebereich legen.

Angesichts dieser Entwicklung begann China in der zweiten Hälfte der 2000er-Jahre mit dem deutlichen Ausbau seiner Auslandsinvestitionen in Industrieländern. 2016 erreichte das chinesische FDI ein Volumen von fast 200 Milliarden Euro, davon rund 35 Milliarden in Europa, ein Zuwachs von fast 80 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Nach Deutschland gingen mehr als 10 Milliarden Euro.²⁰ 2018 waren rund 900 chinesische Unternehmen in Deutschland tätig, mit einem Investitionsvolumen von rund 20 Milliarden Euro.²¹ Chinesische Investitionen wuchsen vor allem in Sektoren wie Maschinenbau, Informations- und Kommunikationstechnologie, Infrastruktur und Transportwesen.²² Die größten Engagements in Deutschland waren dabei der Kauf des

¹⁸ Volkswagen AG 2018.

¹⁹ Auswärtiges Amt 2019.

²⁰ Hanemann/Huotari 2017: 4–9.

²¹ German Trade and Invest 2018: 5.

²² Ibid.: 7.

Roboterherstellers KUKA durch Midea (4,4 Milliarden) gefolgt von der Übernahme des Energiekonzerns EEW Energy durch Beijing Enterprises (1,4 Milliarden Euro) und dem Einstieg (eine Milliarde Euro) des Staatsfonds CIC in den Wohnungskonzern BGP.²³

Chinesische Investitionen in Deutschland steigerten sich jedoch nicht ausschließlich aus ökonomischen Interessen, wie der Vergrößerung von Marktanteilen. Laut der „Made in China 2025“-Initiative will China Spitzenpositionen in zehn hochtechnologischen Schlüsselbereichen erreichen. Aus chinesischer Sicht erscheinen dabei die deutsche ‚Industrie 4.0‘-Initiative und ‚Made in China 2025‘ als einander verstärkende Programme. Während jedoch Deutschland den freien Handel in den Zufluss von FDI in seine Volkswirtschaft grundsätzlich begrüßt, wachsen die Sorgen bezüglich der Beachtung fairer Regeln und des Reziprozitätsprinzips durch China auf diesem entscheidenden Kooperationsfeld.

3 Widersprüche und Unterschiede

Zweifellos hat Chinas Führung mit seinen Rhetoriken vom „Chinesischen Traum“ und „Made in China 2025“ maßgeblich dazu beigetragen, dass sein internationaler Auftritt und seine Investitionen in Deutschland zunehmend auch als Herausforderung angesehen werden. Damit kamen auch einige Themen auf die Tagesordnung, die zwar seit langem bekannt waren, jedoch nicht immer nachdrücklich genug angesprochen wurden: So entwickelte sich neben der lange geführten Debatte über die Verletzungen von Urheberrechten (Intellectual Property Rights, IPR) die mangelnde Reziprozität bei Investitionen und Marktzugängen zu einem wachsenden Problem in den bilateralen Beziehungen. China erwartet freien Zugang zu deutschen und europäischen Märkten, begegnet umgekehrt aber ausländischen Investoren mit einer Fülle von Vorschriften und Hürden, sowohl beim Einstieg in seinen Markt wie auch bei der Behandlung von Unternehmen nach erfolgten Investitionen.²⁴ So waren und sind ausländische Unternehmen oft gezwungen, mit chinesischen Firmen *joint ventures* einzugehen, in denen sie allerdings nur maximal 49 Prozent der Anteile halten dürfen, die Kontrolle also in chinesischer Hand bleibt. Umgekehrt können chinesische Anleger in Deutschland und Europa – wie oben dargelegt – relativ frei Unternehmensmehrheiten erwerben.²⁵

Sorgen bereiten aber auch Chinas Aktivitäten im Rahmen seines Kooperationsprogramms mit sechzehn mittel- und osteuropäischen Ländern (C-CEEC oder auch 16+1-Format), die eine Spaltung der EU bezwecken könnten. Auf chinesische Initiative 2012 in Budapest eingerichtet, soll die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Volksrepublik und ihren Partnern in der Region ausgebaut werden. Elf von ihnen gehören der EU an. 2017 verwies der damalige Außenminister Sigmar Gabriel darauf, dass Aktionen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), wie etwa die Anerkennung des Spruchs

²³ Ibid.: 8.

²⁴ Hanemann/Huotari 2018: 12–16.

²⁵ Ibid.: 21.

des Internationalen Schiedshofes in Den Haag zum Territorialkonflikt zwischen den Philippinen und China, durch 16+1-Mitglieder behindert wurden, die negative Reaktionen der Volksrepublik befürchteten. Gabriel forderte eine europäische Strategie, die von China verlangt, „dass es bitte eine Ein-Europa-Politik betreibt und uns nicht versucht zu spalten.“²⁶

4 Ausblick: Deutschland braucht einen europäischen Rahmen für seine Chinapolitik

Die deutsch-chinesischen Beziehungen sind für beide Seiten wichtig und werden dies gerade in wirtschaftlicher Hinsicht auch bleiben. Gleichwohl muss sich Deutschland seiner begrenzten Handlungsspielräume gegenüber der Großmacht China bewusst sein. Trotz seiner wirtschaftlichen Stärke bleibt Deutschland politisch eine europäische Mittelmacht von limitierter globaler Reichweite. Wenn Bundeskanzlerin Angela Merkels Stimme in Beijing Gehör findet, bedeutet dies nicht, dass China Deutschland als eine normative Macht in der Weltpolitik akzeptiert. Deutschlands Stellenwert in China beruht vor allem auf seiner Stärke in der EU. Dies könnte sich ändern, wenn Deutschlands Führungsrolle in Europa wankt – sei es durch innenpolitische Krisen oder durch die weitere Erosion des Zusammenhalts zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Im Nachgang der Finanzkrise von 2008/09, der Flüchtlingswelle von 2015 und schließlich dem britischen Referendum zum Ausstieg aus der Union ist die Solidarität unter den europäischen Staaten einem permanenten Stress-test ausgesetzt. Berlins Einfluss in Beijing ist nicht allein eigener Anstrengung und Bedeutung geschuldet, sondern unterliegt auch dem politischen Kalkül der Volksrepublik.

Deutschland muss aber auch klar sein, dass China in seiner Jahrtausende langen Geschichte eine der grundlegenden Strategien jeder erfolgreichen Großmacht zur Perfektion gelernt hat: *divide et impera*, teile und herrsche. Wie in ihren Beziehungen zu den USA, einem anderen Champion in diesem Spiel, erliegen europäische Staaten auch im Falle Chinas gern der Versuchung, ihre nationalen Interessen in bilateralen Arrangements zu verfolgen statt in gemeinsamen Ansätzen.

Deutschland mit seinen besonderen Beziehungen zu China wie auch seinen Partnern in der EU sollte realisieren, dass Selbstbehauptung gegenüber Mächten wie China (und den zunehmend feindselig auftretenden USA unter Präsident Donald Trump) nicht im Alleingang möglich ist, sondern nur in der Einheit der Europäer. Individuelle Versuche nationaler Nutzenmaximierung in bilateralen Arrangements können nur erfolgreich sein, solange sich der betroffene Staat auf die Unterstützung der EU verlassen kann, wenn es nötig wird. Sobald dieser Zusammenhalt jedoch (nicht zuletzt durch schwindende Solidarität) zerstört oder erheblich beschädigt wird, werden die einzelnen Staaten vom Willen der stärkeren Macht in den bilateralen Beziehungen abhängig sein. Das wäre nicht nur das Ende jeglicher Boni für einzelstaatlichen

²⁶ Bundesregierung 2017.

Egoismus, sondern könnte rasch in eine neue Form von wirtschaftlichem Kolonialismus münden.

Deutschland sollte daher sein Bestes tun, um seine eigene Politik gegenüber China noch stärker mit übergeordneten europäischen Interessen und Ansätzen in Einklang zu bringen. Ein gemeinsam auftretendes Europa könnte etwa hinsichtlich der Reziprozität bei den Investitionen und Marktzugängen deutlich größere Zugeständnisse seitens China einfordern als ein Einzelstaat. Wie Angela Stanzel aufzeigt, sucht Deutschland hinsichtlich seiner Chinapolitik durchaus verstärkt einen europäischen Rahmen: die europäischen Initiativen, die Deutschland etwa zur besseren Kontrolle ausländischer Beteiligungen an Schlüsselindustrien und kritischer Infrastruktur gestartet hat, verdeutlichen, dass Deutschland den Wert eines kollektiven Vorgehens erkannt hat.²⁷

Eine in ihren Außenbeziehungen stärker gemeinsam auftretende EU erscheint auch angesichts beunruhigender sicherheitspolitischer Entwicklungen in Ostasien immer dringlicher: eine sich verschärfende Rivalität zwischen China und den USA, regionale Krisen mit Japan oder in der Südchinesischen See würden massive Auswirkungen auf Europa und Deutschland haben. Allerdings muss festgestellt werden, dass in ihrem jetzigen Zustand weder Deutschland noch die EU in der Lage sind, die politischen Dynamiken in dieser wichtigen Weltregion in ihrem Interesse zu beeinflussen. Sich in dieser Hinsicht besser aufzustellen, bleibt daher ein Langzeitprojekt der Europäer, das jedoch keinen weiteren Aufschub duldet. Dabei sollte sich die EU ihrer Möglichkeiten bewusst sein. Diese liegen nicht in einer militärischen Machtprojektion – auch nicht in einem Verbund mit den USA, in welchem Europa allenfalls als helfende Kraft auftreten könnte. Die Stärke der EU besteht in der Fähigkeit, divergierende Interessen auszugleichen und zu konsensbasierten Lösungen zu gelangen, die dann eine bemerkenswerte Dauerhaftigkeit entwickeln können.

In Verbindung mit seiner wirtschaftlichen Kraft kann Europa im Umgang mit China auch im sicherheitspolitischen Bereich selbstbewusst auftreten. In ihrem am 12. März 2019 verabschiedeten Papier „EU-China – A Strategic Outlook“ verlangen die EU-Kommission und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik denn auch in Aktion 3: „The EU will deepen engagement with China on peace and security, building on the positive cooperation on the Joint Comprehensive Plan of Action for Iran.“²⁸ Sie knüpfen damit an die positiven Erfahrungen aus dem Ringen um einen Ausgleich in der Frage des iranischen Atomprogramms an.

Deutschlands Einfluss in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik war und ist immer dann sehr groß, wenn es sich in den Dienst gemeinsamer Interessen stellt. Umgekehrt besteht aber auch der alte Grundsatz deutscher Außenpolitik fort: Deutsche Interessen sind am besten in einem funktionierenden Europa aufgehoben. Dies gilt insbesondere für den künftigen Umgang mit China.

²⁷ Stanzel 2017: 6–18.

²⁸ European Commission 2019.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Auswärtiges Amt (2019): Beziehungen zu Deutschland. Investitionen, Berlin, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/china-node/-/200472>, zuletzt abgerufen am 03.06.2019.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) (2019): Außenwirtschaftsverordnung. Verordnung zur Durchführung des Außenwirtschaftsgesetzes, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Gesetze/Aussenwirtschaft/AWV.html>, zuletzt abgerufen am 03.06.2019.
- Bundesregierung (2010): Deutsch-Chinesisches Gemeinsames Kommuniqué zur umfassenden Förderung der Strategischen Partnerschaft, <https://archiv.bundesregierung.de/resource/blob/656922/367424/31675e5ec9ede2bb822ee520b5c41222/2010-07-16-deutsch-chinesisches-kommunique-data.pdf>, zuletzt abgerufen am 10.07.2019.
- Bundesregierung (2012): Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen. Konzept der Bundesregierung, Berlin, <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/216964/09ff755d2f1ba268ce4ebc580da0082c/gestaltungsmaechtekonzept-dt-data.pdf>, zuletzt abgerufen am 03.06.2019.
- Bundesregierung (2014): Gemeinsame Erklärung zum Besuch von Staatspräsident Xi: Schaffung einer umfassenden Partnerschaft zwischen Deutschland und China. 28. März 2014, <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2014/03/2014-03-28-gemeinsame-erklaerung.html>, zuletzt abgerufen am 03.06.2019.
- Bundesregierung (2017): Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Sigmar Gabriel, bei der 25. französischen Botschafterkonferenz am 30. August 2017 in Paris. Bulletin 91-1, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/bulletin-2010-bis-2017/rede-des-bundesministers-des-auswaertigen-sigmar-gabriel--810446>, zuletzt abgerufen am 03.06.2019.
- Bundesregierung (2018): Verantwortliche Partner für eine bessere Welt (Responsible Partners for a Better World). Gemeinsame Erklärung anlässlich der 5. Deutsch-Chinesischen Regierungskonsultationen, Berlin, <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2018/07/2018-07-09-erklaerung-deutsch-chinesische-regierungskonsultationen.html>, zuletzt abgerufen am 03.06.2019.
- Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) (2019): Partner und systemischer Wettbewerber – Wie gehen wir mit Chinas staatlich gelenkter Volkswirtschaft um? Grundsatzpapier China, Berlin.
- European Commission (2019): EU-China – A Strategic Outlook, Brüssel, <https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/communication-eu-china-a-strategic-outlook.pdf>, zuletzt abgerufen am 10.07.2019.
- German Trade and Invest (2018): Wirtschaftsdaten Kompakt China. November 2018, http://www.gtai.de/GTAI/Content/DE/Trade/Fachdaten/MKT/2016/11/mkt201611222022_159610_wirtschaftsdaten-kompakt---china.pdf?v=5, zuletzt abgerufen am 03.06.2019.
- Hanemann, Thilo/Huotari, Mikko (2017): Record Flows and Growing Imbalances. Chinese Investment in Europe in 2016 (MERICS Paper on China 3), Berlin.
- Hanemann, Thilo/Huotari, Mikko (2018): EU-China FDI: Working Towards Reciprocity in Investment Relations. MERICS Paper on China 3, Berlin.
- Heide, Dana (2018): Bundesregierung vereitelt Einstieg der Chinesen beim Netzbetreiber 50Hertz, in: Handelsblatt, 27.07. 2017, <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/konstrukt-mit-staatsbank-kfw-bundesregierung-ver>

- eitelt-einstieg-der-chinesen-beim-netzbetreiber-50hertz/22853410.html?ticket=ST-581301-bHiwiUYfqlMVtWaiOfKX-ap4, zuletzt abgerufen am 10.07.2019.
- Institute of Security and Development Policy (2016): The Belt and Road Initiative, Stockholm, <http://isdip.eu/publication/belt-road-initiative/>, zuletzt abgerufen am 03.06.2019.
- Maull, Hanns W. (2007): Deutschland als Zivilmacht, in: Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther und Wolf, Reinhard (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden, S. 73–84.
- Paetzold, Simon (2018): Rewriting the Global System? China's Role in International Economic Governance, in: Staack, Michael und Groten, David (Hrsg.): China und Indien im regionalen und globalen Kontext (Schriftenreihe des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit, WIFIS), Opladen/Berlin/Toronto, S. 119–142.
- Spiegel Online (2018): Bundesregierung untersagt Firmenverkauf an Chinesen, in: Spiegel Online, 01.08. 2018, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/leifeld-bundesregierung-untersagt-firmenverkauf-an-chinesen-a-1221205.html>, zuletzt abgerufen am 10.07.2019.
- Staack, Michael (2018): Strategische Partnerschaft zwischen China und Deutschland: Krisenfest und zukunftstauglich? In: Staack, Michael und Groten, David (Hrsg.): China und Indien im regionalen und globalen Kontext (Schriftenreihe des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit, WIFIS), Opladen/Berlin/Toronto, S. 29–61.
- Stanzel, Angela (2017): Hard Times for Soft Power. Germany's China Challenge, in: European Union Foreign Affairs Journal 2/2017, S. 6–18.
- Statistisches Bundesamt (2019): China erneut Deutschlands wichtigster Handelspartner. Press Release 57 of 19 February 2019, Wiesbaden, https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2019/02/PD19_057_51.html, zuletzt abgerufen am 03.06.2019.
- Volkswagen AG (2018): Volkswagen Group China, <http://www.volkswagenag.com/en/sustainability/reporting/regions/china.html>, zuletzt abgerufen am 11.07.2019
- Wübbecke, Jost/Meissner, Mirjam/Zenglein, Max J./Ives, Jaqueline/Conrad, Björn (2016): Made in China 2025. The Making of a High-Tech Superpower and Consequences for Industrial Countries (MERICS Papers on China 2/2016), Berlin.